



Niederschrift

44. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 08.02.2006
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS
Frau Knoblich, Hannelore	SPD
Herr Mühlberg, Andreas	SPD
Herr Schubert, Mike	SPD
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU
Herr Schröder, Michael	CDU
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI
Frau Grimm, Ute	Die Andere

Nicht anwesend sind:

Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Bretz, Steeven	CDU	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 11.01.2006
- 2 Externe Ausschreibung der Stelle Projektmanager/in Förderung von Existenzgründungen und Technologietransfer
Vorlage: 06/SVV/0014
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerung und Service

- 3 Änderung des Beschlusses der SVV vom 02.06.2004 (DS 04/SVV/0339) zur Wahrnehmung der Aufgaben der Agrarverwaltung auf dem Gebiet der Agrarförderung - Standort der Anlauf- und Beratungsstelle für die Potsdamer Landwirte
Vorlage: 05/SVV/0992
Oberbürgermeister, FB Umwelt und Gesundheit
- überwiesen ebenfalls in alle Ortsbeiräte –

- 4 Externe Besetzung der Stelle 333 100 02, SB Abfallberatung
Vorlage: 06/SVV/0062
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

- 5 Neubildung von Ausschüssen
Vorlage: 06/SVV/0056
Fraktion Die Andere

- 6 Mitteilungen der Verwaltung

- 6.1 Information über den Stand der Erarbeitung eines Leitbildes für die Stadt Potsdam gemäß Vorlage: 05/SVV/0781

- 6.2 Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0770
Oberbürgermeister, FB Umwelt und Gesundheit

- 6.3 Bericht über die Ergebnisse der Informationsveranstaltung bezüglich des Straßenausbausin der Florastraße
(aus HA 11.01.2006)

- 6.3.1 Erhebung von Straßenbaubeiträgen
Vorlage: 06/SVV/0118
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 6.4 Information zur Schließung der Schwimmhalle Am Brauhausberg bzw. der Verlagerung von Kapazitäten sowie zur Stabilität öffentlicher Gebäude in der Stadt Potsdam

- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 11.01.2006**
Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Der Oberbürgermeister trägt den Antrag von Herrn Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE, PDS, vor, die Tagesordnung um die DS 05/SVV/1043 – Straßenausbaubeiträge, zu erweitern sowie den Antrag der Fraktion die Andere zur Erweiterung der Tagesordnung um die DS 06/SVV/0056 – Neubildung von Ausschüssen.

Herr Dr. Scharfenberg argumentiert für die Notwendigkeit der Behandlung der DS

05/SVV/1043 in Verbindung mit dem TOP 5.3. (später 6.3.) der heutigen Tagesordnung des Hauptausschusses sowie im Zusammenhang mit dem Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90.

Herr Schubert argumentiert gegen die Erweiterung der heutigen Tagesordnung des Hauptausschusses; dies gelte auch für den Antrag der Fraktion Die Andere. Beide Anträge sollten in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses behandelt werden. Wie er u.a. anmerkt, seien zum einen die Fraktionen nicht darüber informiert worden und zum anderen hält er es für notwendig, sich zu der ausgereichten Mitteilungsvorlage der Verwaltung 06/SVV/0118 – Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in den Fraktionen rückzukoppeln.

Der Oberbürgermeister spricht sich auch dafür aus, die ausgereichte Mitteilungsvorlage in Verbindung mit dem Antrag 05/SVV/1043 in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2006 zu diskutieren.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach den Auswirkungen auf die Zahlungsverpflichtungen.

Der Oberbürgermeister äußert dazu, dass den Betroffenen Zahlungsaufschub gewährt werde und hinsichtlich der Zinsen ebenfalls eine Lösung gefunden werde.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag von Herrn Dr. Scharfenberg zur Erweiterung der Tagesordnung um die DS 05/SVV/1043 – Straßenausbaubeiträge zur Abstimmung.

Der Antrag wird mit mehrheitlich abgelehnt (5/7/3)

Auf die ausgereichte Mitteilungsvorlage 06/SVV/0118 Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wird im Zusammenhang mit TOP 5.3. (später 6.3.) nochmals zurück gekommen.

Frau Grimm begründet ihrerseits den Antrag der Fraktion Die Andere zur Erweiterung der Tagesordnung um die DS 06/SVV/0056 – Neubildung von Ausschüssen.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag zu Abstimmung. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (8/7/0).

Die DS 06/SVV/0056 wird als Tagesordnungspunkt 5. behandelt.

Der Oberbürgermeister trägt zur Tagesordnung weiter vor, dass TOP 3 „Änderung des Beschlusses der SVV vom 02.06.2004 – DS 04/SVV/0339 – zur Wahrnehmung der Aufgaben der Agrarverwaltung auf dem Gebiet der Agrarförderung – Standort der Anlauf- und Beratungsstelle für die Potsdamer Landwirte – zwar in den Ortsbeiräten beraten wurde, jedoch im Ortsbeirat Neu Fahrland auf Grund eines Formfehlers die Ortsbeiratssitzung wiederholt werden müsse. Insoweit wird der TOP 3 nochmals auf die Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2006 verlagert.

Der Oberbürgermeister trägt weiter vor, dass unter TOP 5.4. (neu 6.4.) zur Schließung der Schwimmhalle Am Brauhausberg bzw. der Verlagerung von Kapazitäten sowie zur Stabilität öffentlicher Gebäude in der Stadt Potsdam berichtet werden solle.

Der Oberbürgermeister stellt die geänderte Tagesordnung für die heutige öffentliche Sitzung zur Abstimmung.

Der geänderten Tagesordnung wird mehrheitlich (mit 3 Enthaltungen) zugestimmt.

Frau Birgit Müller verweist auf die fristgerechte Ausreichung der Tagesordnung und stellt die Frage, warum die heute als Tischvorlage ausgereichte Mitteilungsvorlage nicht fristgerecht ausgereicht wurde. Sie bittet ausdrücklich darum, dies nicht zur Routine werden zu lassen und die Fristen einzuhalten.

Der Oberbürgermeister sagt dies zu.

Der Oberbürgermeister stellt im Weiteren die Frage, ob es Einwände gegen das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 11.01.2006 gebe.

Herr Schüler bittet darum, auf Seite 11/14 zum TOP „Straßenausbau Virchowstraße und Florastraße“ zu ergänzen, dass er in der Diskussion folgenden Hinweis gegeben habe mit etwa folgendem Inhalt:

Bei der Benachrichtigung der Anlieger am 1. Bauabschnitt der Virchowstraße habe die Verwaltung nur darüber informiert, dass beitragsfähige Baumaßnahmen für die neue Fahrbahn und die Entwässerung zu erwarten seien. Über den Umfang der Bauarbeiten sei nicht informiert worden.

Insbesondere sei festzuhalten, dass in den Gebührenbescheiden, die dann verschickt wurden, neben den angekündigten Beiträgen auch solche für die Straßenbeleuchtung und die Gehwege erhoben worden seien, obwohl diese Maßnahmen nicht angekündigt waren. In dieser Diskrepanz sehe er das Hauptproblem.

Zweitens bittet Herr Schüler zu ergänzen, dass der Oberbürgermeister ihm auf seine ausdrückliche Bitte zugesagt habe, dass die Stadt von der ihr zustehenden Möglichkeit, die Gebührenbescheide trotz vorliegender Widersprüche sofort zu vollziehen, keinen Gebrauch machen würde.

Die Ergänzungen werden aufgenommen.

Der Oberbürgermeister stellt das Protokoll zur Abstimmung. Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 11.01.2006 wird mehrheitlich (5 Enthaltungen) bestätigt.

zu 2 Externe Ausschreibung der Stelle Projektmanager/in Förderung von Existenzgründungen und Technologietransfer

Vorlage: 06/SVV/0014

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass aus der Begründung nicht hervor gehe, ob die Stelle neu geschaffen wurde.

Der Oberbürgermeister äußert dazu, dass es eine derartige Stelle mit diesem spezifischen Aufgabengebiet bislang nicht gab. In den letzten drei Jahren seien drei Stellen im Bereich Wirtschaftsförderung weggefallen.

Frau Bankwitz weist darauf hin, dass man sich darüber im Klaren sein müsse, dass mit dieser Stelle kein größeres Gründerpotenzial geben werde.

Von den Hauptausschussmitgliedern Herrn Schubert und Frau B. Müller werden Nachfragen zur befristeten Ausschreibung (2 Jahre, 36 Wochenstunden), zur Anzahl der derzeit im Bereich Wirtschaftsförderung Beschäftigten und der damit verbundenen Notwendigkeit der Besetzung einer hochdotierten Stelle, sowie der Art und dem Umfang der Aufgaben gestellt.

Die Frage zur Anzahl der im Bereich Wirtschaftsförderung Beschäftigten kann vom Oberbürgermeister nicht beantwortet werden.

Der Oberbürgermeister verweist ansonsten auf die übliche Personalpolitik in der Stadtverwaltung die diese Befristung vorsieht. Er verweist auf die außerordentliche Bedeutung der Wirtschaftsförderung sowie der Förderung von Existenzgründungen und des Technologietransfers.

Gemeinsam mit der IHK und Fachhochschule werden so Kompetenzen gebündelt, die insgesamt die Wirtschaftsförderung und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung in der Landeshauptstadt vorantreiben können.

Die Vorlage wird zu Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle

Projektmanager/in Förderung von Existenzgründungen und Technologietransfer
Kennziffer: 903 000 09
Entgeltgruppe: E 12 TVöD/TVÜ/VKA

wird befristet für 2 Jahre und mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Wochenstunden extern ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Der Vorlage wird mit 8 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen zugestimmt.

**zu 3 Änderung des Beschlusses der SVV vom 02.06.2004 (DS 04/SVV/0339) zur Wahrnehmung der Aufgaben der Agrarverwaltung auf dem Gebiet der Agrarförderung - Standort der Anlauf- und Beratungsstelle für die Potsdamer Landwirte
Vorlage: 05/SVV/0992**

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt auf die Sitzung des Hauptausschusses am 22. Februar 2006.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss der SVV vom 02.06.2004 (DS 04/SVV/0339) zum Abschluss der Verwaltungsvereinbarung mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark bzgl. der Übertragung von Aufgaben der Agrarverwaltung auf dem Gebiet der Agrarförderung und der Produktion wird wie folgt geändert:

Der Satz 2 des Beschlusses 04/SVV/0339

„Ab 2006 sollen diese Aufgaben in Potsdam wahrgenommen werden.“

wird gestrichen.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, in Abstimmung mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark den Standort Werder/Havel als Anlaufstelle für die Potsdamer Landwirte für mindestens 10 Jahre zu sichern.

**zu 4 Externe Besetzung der Stelle 333 100 02, SB Abfallberatung
Vorlage: 06/SVV/0062**

Herr Ernst, komm. Fachbereichsleiter Soziales, bringt in Vertretung für die Beigeordnete die Vorlage ein. Er erläutert das Anforderungsprofil für diese Stelle, welche umfangreiche Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft, der Abfallentsorgung sowie des Abfallrechtes erfordert.

In dem Zusammenhang bittet Frau B. Müller den Oberbürgermeister, bei den nächsten diesbezüglichen Vorlagen den Mitgliedern des Hauptausschusses das Anforderungsprofil zur Verfügung zu stellen.

Die Personalkosten werden vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gestellt, die ausschließlich durch Abfallgebühren gedeckt werden.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 333 100 02, SB Abfallberatung im Geschäftsbereich 3 Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz, Fachbereich Gesundheit und Umwelt, Bereich Umwelt und Naturschutz
Stellenwert E 9 TVöD (ehemals Vb BAT-O) wird für zwei Jahre mit einem Stundenvolumen von 36 Wochenstunden (90%) zur externen Besetzung ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen
bei 3 Enthaltungen

**zu 5 Neubildung von Ausschüssen
Vorlage: 06/SVV/0056**

Frau Grimm legt nochmals die Intention des Antrages dar. Wie sie u.a. vorbringt, seien die kleinen Fraktionen jetzt aus den Beratungen in den Fachausschüssen ausgeschlossen.

Herr Exner gibt zu bedenken, dass zum einen ein Ausschuss hinsichtlich seiner Größe arbeitsfähig bleiben muss und zum anderen die Erhöhung der Mitgliederzahl auch für die Anzahl der sachkundigen Einwohner gelten würde. Dies wäre mit zusätzlichen Kosten für Sitzungsgeld als auch mit erhöhtem Papieraufwand

verbunden. Er vertritt den Standpunkt, dass auch durch die Sitzverteilung in den Ausschüssen der Wählerwille deutlich werde.

Herr Schubert möchte eine Entscheidung nicht an den Kosten festmachen. Er macht seinerseits für die SPD-Fraktion deutlich, dass man dem Antrag nicht zustimmen werde. Mal abgesehen von der Arbeitsfähigkeit durch die Erweiterung der Ausschüsse, könne eine derartige Erweiterung der Ausschüsse nicht im Interesse der Wähler liegen.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Anzahl der Sitze der neu zu bildenden Ausschüsse für Bildung und Sport; Finanzen; Stadtplanung und Bauen; Kultur; Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft; Eingaben und Beschwerden; Gesundheit und Soziales sowie des Rechnungsprüfungsausschusses wird auf 14 pro Ausschuss erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 6.1 Information über den Stand der Erarbeitung eines Leitbildes für die Stadt
Potsdam
gemäß Vorlage: 05/SVV/0781**

Wie der Oberbürgermeister eingangs anmerkt, wolle man sich heute dazu verständigen, auf welche Art und Weise man sich dem Thema nähern wolle.

Frau Debo erläutert anschließend anhand von Folien die Ergebnisse des Uni-Seminars/Projekt „Entwicklung eines Leitbildes“. Wie sie u.a. ausführt, sei das Projekt als studentisches Projekt begonnen worden; 28 Städte seien angefragt worden, letztendlich haben 8 Kommunen teilgenommen. Heute sollen die Kernergebnisse der Studie, die insgesamt 2,5 Jahre dauerte, vorgestellt werden.

Die Folien werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In der anschließenden Diskussion merkt zunächst der Oberbürgermeister an, dass der Vortrag deutlich gemacht habe, dass die Entwicklung eines Leitbildes kein kurzer Prozess sein werde; man sei 2x gescheitert, um ein Leitbild zum Punkt zu bringen; man müsse jetzt um die richtige Vorgehensweise ringen.

Zur Frage von Herrn Mühlberg, ob es möglich ist, aufzuzeigen, was ein Leitbild kann und was nicht, führt Frau Debo u.a. aus, dass dies an der Gestaltung des Prozesses liege; Grundleitsätze helfen nicht weiter, wenn z.B. sich daran gebunden fühle. Das „A und O“ seien der Weg zum Ziel.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob Frau Debo die umfangreichen Vorarbeiten, die bereits geleistet wurden, bekannt seien. Dies wird bejaht. Wie Herr Dr. Scharfenberg u.a. weiter anmerkt, sei als der Antrag zum Leitbild eingebracht wurde, vonseiten der Verwaltung gesagt worden, dass sei schwierig, man müsse erst die Bürgerkommune machen. Insoweit sei er erfreut, dass in den Darlegungen von Frau Debo die Verknüpfung zur Bürgerkommune dargestellt worden ist. Er bittet

darum, auch alle vorhandenen Materialien heranzuziehen.

Herr Schubert führt u.a. aus, dass es sich in der Tat um zwei Prozesse handle, die aber zusammen gehören; das Leitbild werde meistens als Marketingwert gesehen. Auf Nachfrage von Herrn Schubert, wie Frau Debo ein Leitbild beschreiben würde, antwortet Frau Debo: als Profilgebung aus dem Inneren heraus.

Herr Exner merkt u.a. an, dass ein Erfolgsfaktor sei, dass die Menschen in diesem Prozess mitzuziehen; er gibt jedoch auch zu bedenken, dass es eine Reihe von Reformprozessen gibt und man nicht zu viele Baustellen aufreißen sollte, die dann nicht mehr bewältigt werden können. Man müsse sich fragen, ob man die notwendigen Kapazitäten hat, um dies alles zu bewältigen oder man müsse Prioritäten setzen.

Frau Debo bestätigt die Aussage von Herrn Exner, führt jedoch an, dass die Chance gerade darin, diesen vielen Baustellen eine gemeinsame Richtung vorzugeben und sich nicht in einzelnen Projekten zu verlieren.

Frau Dr. S. Müller fragt nach dem Verhältnis von Akteuren und Adressaten, d.h. welche Erfahrungen es in anderen Kommunen gibt, was die Verteilung der Arbeit betrifft; ob Experten einbezogen wurden etc.

Frau Debo beantwortet im Weiteren die Nachfrage von Frau Dr. S. Müller nach dem Verhältnis von Akteuren und Adressaten, d.h. welche Erfahrungen es in anderen Kommunen gibt, was die Verteilung der Arbeit betrifft und ob Experten einbezogen wurden. Wie sie u.a. dazu unter Bezug auf die Folien ausführt, sei derjenige, der sich als Teil der Stadt sehe, ein Akteur; die Stadtverwaltung sei einer der Akteure. Ihres Erachtens sollte man sich mehr um die Thematik kümmern und sich vielleicht nicht zu sehr am Leitbild selbst festmachen.

Herr Schubert äußert u.a. dazu, dass vielleicht noch ein Umdenkungsprozess stattfinden müsse, wenn man alles als Expertenthemen betrachten, dann sei es schwer, ein Leitbild zu erarbeiten. Es gebe viele Einzelthemen, die zu einem Thema zusammengeführt werden können, wie z.B. Sozialraumorientierung etc. Vielleicht sollte man sich erst einmal über bestimmte Begriffe im Klaren sein, z.B. was man unter Bürgerhaushalt versteht.

Bezüglich der Ausführungen Herr Exner merkt der Oberbürgermeister an, dass es nicht der Verwaltung allein überlassen bleiben sollte, den Prozess zur Entwicklung eines Leitbildes zu organisieren. Man habe viele Bausteine, die zu einem Prozess in Richtung Leitbild zu verdichten seien.

Der Oberbürgermeister greift im Weiteren den Hinweis von Herrn Dr. Scharfenberg auf, dass die vorhandenen Materialien zu sortieren und für den weiteren Diskussionsprozess zur Verfügung gestellt werden.

Zur Frage der Prozessgestaltung schlägt er vor, dass vonseiten der Verwaltung ein Vorschlag, eine Art methodisches Konzept, erarbeitet werde, wie die verschiedenen Ansätze (Bürgerkommune, Bürgerhaushalt, Sozialraumorientierung, IFP etc.) in Richtung Leitbild verknüpft werden können. Im Weiteren müsse man sich mit der Frage auseinandersetzen, wie man die weiteren Akteure einbindet.

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, dass dieses Konzept noch vor der Sommerpause im Hauptausschuss vorgelegt wird. Er regt an, dass es Ziel sein sollte, noch bis zum Ende dieser Wahlperiode ein Leitbild zu entwickeln.

Vorschlag zur Vorlage des Konzepts im Hauptausschuss: Juni 2006

zu 6.2 Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0770

Herr Ernst, komm. Fachbereichsleiter Soziales, bringt in Vertretung für die Beigeordnete die Vorlage ein.

Der Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft habe sich ebenfalls mit dem Konzept beschäftigt.

Die anwesenden Ortsbürgermeister werden gebeten, sich zu dem Konzept zu äußern.

Frau Langenhoff, Ortsbürgermeisterin des OT Groß Glienicke erklärt, dass der Ortsteil Groß Glienicke von dem Konzept nur mittelbar betroffen ist, der Ortsbeirat hat aber die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Herr Haufe, Ortsbürgermeister des OT Satzkorn, fühlt sich mit dem Konzept gut vertreten, die Interessen des OT wurden berücksichtigt.

Herr Dr. Scharfenberg sieht das ILE Konzept sehr positiv und schlägt vor, dass konkrete Maßnahmen in Jahresscheiben abgerechnet werden sollten. Hier sollte schriftlich in einem 1 bis 2 Jahreszeitraum die Umsetzung des Konzeptes bilanziert werden.

Herr Ernst verweist darauf, dass das ILE Konzept für die Jahre 2007 – 2010 stehen und jährlich fortgeschrieben werde. Das Konzept habe keinen abschließenden Charakter; somit habe sich der Vorschlag von Dr. Scharfenberg erübrigt.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Stadtverwaltung hat durch das Büro Landplan Erkner GmbH das beiliegende Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept (ILEK) für den ländlich geprägten Raum der Landeshauptstadt erarbeiten lassen, welches am 20.07.2005 durch die Koordinierungsgruppe Ländliche Entwicklung Havelland-Fläming bestätigt wurde. Dieses ILEK ist Bestandteil des Gesamtkonzeptes für die Region Potsdam-Mittelmark/Potsdam/Brandenburg-Havel.

Die Erarbeitung des ILEK erfolgte in enger Zusammenarbeit zwischen dem Büro, der Verwaltung, den politischen Vertretern der Ortsteile sowie der landwirtschaftlichen Berufsvertretung.

Die Konzeption zeigt Leitbilder und Handlungsschwerpunkte für den Erhalt und die Entwicklung des ländlichen Raumes von Potsdam auf und enthält einen Katalog von kommunalen und privaten Maßnahmen, die zur Erreichung der genannten Entwicklungsziele im Laufe der nächsten Jahre unter Einsatz von Fördergeldern des Landes umgesetzt werden sollen.

Das ILEK hat keinen abschließenden Charakter, es wird im Rahmen des Regionalmanagements, welches die Umsetzung der Maßnahmen begleitet, jährlich

fortgeschrieben werden. Hier besteht dann die Möglichkeit, weitere Projekte vorzuschlagen, nach entsprechender Prüfung in das Konzept aufzunehmen und sie zur Förderreife und Umsetzung zu entwickeln.

zu 6.3 Bericht über die Ergebnisse der Informationsveranstaltung bezüglich des Straßenausbaus in der Florastraße

Siehe TOP 6.3.1.

**zu 6.3.1 Erhebung von Straßenbaubeiträgen
Vorlage: 06/SVV/0118**

Der Oberbürgermeister bittet darum, darüber zu informieren, was inhaltlich bei der Bürgersammlung herausgekommen ist.

Wie Herr Schenke dazu u.a. ausführt, seien 3 Themenkomplexe angesprochen worden. Es sei die Kritik geäußert worden, dass eine Anliegerbeteiligung nicht erfolgt sei. Die fehlende Information vor Baubeginn führe aber nicht zum Wegfall der Beitragspflicht. Die Satzung über die Erhebung von Straßenbaubeiträgen habe entsprechend eines richterlichen Hinweises Mängel. Diese Mängel werden geheilt. Die Straßenausbaubeiträge müssen erhoben werden. Auf Antrag kann der Aussetzung der Vollziehung stattgegeben werden. Es sind weitere Gespräche vorgesehen.

Frau Dr. von Kuick-Frenz gibt eine kurze Erläuterung zum Inhalt der ausgereichten Mitteilungsvorlage.

Herr Schüler bittet darum, dass den Hauptausschussmitgliedern die Stellungnahme des Rechtsamtes zur Verfügung gestellt wird. Dies wird zugesagt.

Herr Dr. Scharfenberg möchte wissen, welche rechtlichen Folgen sich ergeben, weil die Anliegerbefragung nicht durchgeführt wurde. Er weist darauf hin, dass in der Gesamtübersicht der Straßenbaumaßnahmen angeführt sei, dass eine Anliegerbefragung durchgeführt wurde; bei einer Befragung, der Anlieger die Möglichkeiten haben muss, seine Zustimmung aber auch Ablehnung ausdrücken zu können. Im Übrigen entspreche der Inhalt der heute vorgelegten Mitteilungsvorlage zum Teil dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, PDS; sie müsste noch entsprechend ergänzt werden.

Herr Schubert bittet ebenfalls um die Zurverfügungstellung der Stellungnahme des Rechtsamtes. Was ihm in der Vorlage noch fehle, seien die finanziellen Folgen für die Stadt; insoweit wolle die Fraktion der SPD den Antrag stellen, dass das Rechnungsprüfungsamt eine Prüfung der Fälle von 2000-2005 durchführt.

Frau B. Müller möchte zu Anlage 2 der Vorlage, Nr. 22, Türkstraße VZ, was unter Abstimmung zu verstehen ist und wann satzungsgemäß eine Anliegerbefragung durchgeführt wird.

Dr. von Kuick-Frenz äußert dazu, dass es eine schriftliche Information stattgefunden habe. Künftig solle es eine stufenweise Beteiligung der Anwohner geben, beginnend mit der Planung der Bauprojekte.

Der Oberbürgermeister bittet Frau Dr. von Kuick-Frenz um Konkretisierung, was mit „Abstimmung“ gemeint ist. Die Stellungnahme des Rechtsamtes sowie die finanziellen Auswirkungen entsprechend des Hinweises von Herrn Schubert werden allen Fraktionen nachgereicht.

Herr Friederich schlägt zur Vereinfachung vor, eine Art Katalogisierung der Begriffe vorzunehmen, also was unter welchem Begriff zu verstehen ist.

Frau Bankwitz merkt an, dass in der Berliner Straße ebenfalls Straßenbaumaßnahmen durchgeführt wurden. Sie bittet Frau Dr. v. Kuick-Frenz um eine Information zur Anzahl der Betroffenen. Dies wird von der Beigeordneten zugesagt.

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, dass den der nächsten Bürgerversammlung den Bürgern rechtzeitig bekannt zu geben.

Wiedervorlage der Mitteilungsvorlage 06/SVV/0118 sowie der Anträge 05/SVV/1043 und Änderungsantrag der Fraktion Grüne/90 im Hauptausschuss am 22.02.2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Durch Entscheidung des Oberbürgermeisters wurde der Geschäftsbereich 4 beauftragt, bis zum 08.02.2006 eine ausführliche Mitteilungsvorlage zur Straßenausbaubeitragserhebung insbesondere im Hinblick auf die stattgefundene Anliegerinformation bei Bauvorhaben mit Baubeginn ab 2000 vorzulegen.

zu 6.4 Information zur Schließung der Schwimmhalle Am Brauhausberg bzw. der Verlagerung von Kapazitäten sowie zur Stabilität öffentlicher Gebäude in der Stadt Potsdam

Frau Gabriele Fischer legt kurz die Bemühungen dar, alle Nutzungen der Schwimmhalle Am Brauhausberg in die Schwimmhalle Am Stern und die Schwimmhalle am Luftschiffhafen zu verlagern. Dabei sei die Absicherung des Schulschwimmens erfolgt. Ein Problem sei die Dauerkartennutzer. Hier seien Schwimmzeiten in der Schwimmhalle Luftschiffhafen denkbar.

Derzeit laufen noch Gespräche mit Vertretern des Leistungssport und Vereinen bezüglich der Verlagerung von Wettkämpfen. Für Vereine können verlängerte Öffnungszeiten sowie Blockzeiten am Wochenende in der Schwimmhalle Am Stern angeboten werden. Auch seien zusätzliche Zeiten in der Schwimmhalle Luftschiffhafen möglich.

Im Weiteren berichtet Herr Richter zur Stabilität öffentlicher Gebäude. Wie er u.a. ausführt, kümmere sich der KIS um 200 Objekte. Man habe 43 Hallenkonstruktionen, im wesentlichen Schulsportstätten, Lagerhallen etc. Was die wesentlichsten Objekte betreffe, so handele es sich um 30 Hallen im Bereich des Schulsports, die glücklicherweise solide robuste Bauten aus DDR-Zeiten seien. Insoweit gebe es, was die sensiblen Konstruktionen, wie die Am Brauhausberg betreffe, keine akute Gefährdung. Die Objekte werden jedoch regelmäßig kontrolliert, es werden jährliche Begehungen durchgeführt.

Herr Schubert fragt bezüglich der Schwimmhalle Am Brauhausberg nach, wie es passieren könne, dass so ein Zustand wie der jetzige erst jetzt festgestellt werde, wenn die Gebäude regelmäßig betreut werden.

Herr Richter führt dazu u.a., dass Anfang der 90er Jahre mit der Teilsanierung der Halle begonnen worden sei, zuerst sei das Dach und insbesondere die tragende Konstruktion saniert worden. Damals sei gutachterlich festgestellt worden, dass grundsätzlicher Sanierungsbedarf besteht. Es habe ein weiterführendes Sanierungskonzept gegeben, welches vom Hochbauamt erarbeitet wurde, jedoch konnte dieses in Folge fehlender finanzieller Mittel nicht umgesetzt werden. Zum damaligen Zeitpunkt habe man eine Gefährdung in diesem Umfang nicht gesehen.

Herr Schubert fragt nach, wenn man 1992 schon gewusst habe, dass es eine Schädigung gibt, dann erschließe sich ihm nicht, warum man bis heute die Konstruktion nicht noch einmal geprüft hat.

Herr Richter äußert dazu, dass damals zwar der grundsätzliche Bedarf festgestellt worden sei, jedoch kein akuter Bedarf festgestellt worden sei.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob in die Gespräche mit den Nutzern der Schwimmhalle Am Brauhausberg auch andere Vereine wie z.B. der Gewichtheberverein, einbezogen sind. Antwort von Frau Gabriele Fischer: Ja.

Herr Dr. Scharfenberg führt u.a. weiter aus, dass der Oberbürgermeister verkündet habe, dass die Schwimmhalle Am Brauhausberg in diesem Jahr nicht mehr geöffnet werde. Dies verwundere ihn, denn noch sei ja nicht bekannt, was damals gemacht worden sei. Die Tatsache, dass man von einer längeren Prüfung ausgehe, resultiert daraus, dass man sich auf keine Vorleistung berufen kann. Herr Dr. Scharfenberg bittet eindringlich darum, alle dafür zu tun, dass die Schwimmhalle sobald wie möglich wieder geöffnet wird.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob das Ergebnis der Prüfung der Stahlträger auf der Rückseite der Schwimmhalle schon vorliege.

Der Oberbürgermeister äußert dazu, dass man sich diesbezüglich einig sei, dass die Schwimmhalle so schnell als möglich wieder zur Verfügung steht. Er macht weiter deutlich, dass die Prüfung noch längst nicht abgeschlossen seien; die Prüfer benötigen Zeit bis Ende März 2006.

Danach werde man entscheiden müssen, ob die Halle saniert werden kann oder abgerissen werden muss. Wenn jedoch die Summe für die Sanierung 7 Mio EURO überschreite, dann mache eine Sanierung keinen Sinn.

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, zu prüfen, inwieweit die Prüfung der Schwimmhalle beschleunigt werden kann, um ein Ergebnis zu einem früheren Zeitpunkt vorliegen zu haben. Weiterhin sei eine Frage, was liegt an Erfahrungen aus anderen Städten vor, was man übernehmen könne.

Frau Gabriele Fischer beantwortet eine Nachfrage von Frau Bankwitz bezüglich der Umsetzung von Kassenpersonal.

Wie Frau Bankwitz im Weiteren u.a. ausführt, gebe es 43 Hallen und genau die Schwimmhalle Am Brauhausberg sei gefährdet, was schon merkwürdig sei. Frau Bankwitz äußert ihre Bedenken hinsichtlich der Belastbarkeit der Zahlen für die Sanierung der Schwimmhalle Am Brauhausberg, die im Rahmen der Niemeyerbad-Diskussion vorgebracht worden sind. Zuerst seien 7 Mio EURO genannt worden und im Zuge der Abspeckung dann 3 Mio EURO.

Frau Klotz möchte wissen, inwieweit eine Notwendigkeit für die Prüfung der Schulspeisehallen besteht.

Herr Richter äußert dazu, dass nicht nur die Hallenkonstruktionen, sondern sämtliche Gebäude kontrolliert werden.

Der Oberbürgermeister räumt ein, dass in der Tat 3 Mio EURO veranschlagt worden seien, jedoch stand das Ganze unter dem Vorbehalt einer statischen Prüfung.

Frau B. Müller kann sich nicht vorstellen, wenn 1992 ein grundsätzlicher Sanierungsbedarf festgestellt worden ist, dass das Hochbauamt sich nicht für die entsprechenden finanziellen Mittel eingesetzt hat. Sie bittet um Information im nächsten Hauptausschuss, wann das Hochbauamt die Summen für die Sanierung in die Planungen für Haushaltsentwürfe aufgenommen hat und wann diese Summen wieder gestrichen worden sind.

Herr Richter betont nochmals, dass seiner Zeit ein Konzept für die Komplexsanierung der Halle entwickelt worden sei; dass man von einem grundsätzlichen Sanierungsbedarf ausgegangen sei, jedoch bestand damals kein akuter Handlungsbedarf.

Frau B. Müller verweist darauf, dass dies 14 Jahre her sei.

Der Oberbürgermeister schlägt abschließend vor, in dem Gutachten von 1992 zu schauen, ob die Stahlträgerköpfe damals untersucht wurden.
Information im Hauptausschuss am 22.02.2006

zu 7 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg fragt den Oberbürgermeister nach seinem Gespräch mit der MBS betreffend die Kündigung des Vertrages mit Securitas durch die MBS.

Wie der Oberbürgermeister u.a. ausführt, sei nach Angaben der MBS durch den Warnstreik der Mitarbeiter der Firma Securitas eine Situation herbeigeführt worden, durch die eine Belieferung der Filialen mit Bargeld nicht mehr gewährleistet werden konnte. Um die Belieferung sicher stellen zu können, habe sich die MBS veranlasst gesehen, den Vertrag mit der Firma Securitas zu kündigen und mit der Fa. Heros vertragliche Bindungen einzugehen. Nach Auffassung der MBS seien durch die Nachfolgefirma Heros die Arbeitsplätze in Potsdam nicht gefährdet.

Bezüglich des Gesprächs des Oberbürgermeisters mit dem Betriebsrat äußert sich der Oberbürgermeister in nicht öffentlicher Sitzung.

Herr Dr. Scharfenberg äußert sich seinerseits nochmals zu den Hintergründen der Kündigung und bittet darum, dass für die Sicherung von Arbeitsplätzen im Territorium alles getan werde.

Frau Bankwitz fragt nach der Kostendarstellung für das Parkhaus Schiffbauergasse.

Es wird zugesagt, dass zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2006 eine detaillierte Kostenaufstellung vorgelegt wird.

